

Antragsbuch

zum Kreisparteitag
der FDP Leipzig
am 12. Mai 2025

- A01 **Maßnahmenplan Superwahljahr 2029**
- A02 **Überarbeitung der Finanz- und Beitragsordnung**
- A03 **Dauerhafte räumliche Niederlassung**
- A04 **Bau eines Kreisverkehrs an der Kreuzung der Liebigstraße, Johannissalle und Linnéstraße in der Nähe des Universitätsklinikums**
- A05 **Corporate Design für Wahlkämpfe nur noch als unverbindliche Vorschläge verwenden**
- A06 **Blühende Landschaften im Leipziger Osten**
- A07 **Start-up-Strategie: Leipzig startet durch!**
- A08 **Für einen modernen Liberalismus**
- A09 **Leipzigerinnen und Leipziger von der Straße holen**
- A10 **Wehret den Anfängen: Kinder- und Jugendkriminalität in Leipzig entschlossen begegnen**

Antragsnummer: A01

Antragstitel: Maßnahmenplan Superwahljahr 2029

Antragsteller: Daniel Mark

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Der Kreisvorstand erarbeitet einen Maßnahmenplan/eine Agenda in Vorbereitung des Super-Wahljahres 2029 und stellt diesen bis Jahresende 2025 dem Kreisverband zur Abstimmung:

Dieser beinhaltet mindestens:

- Haushaltsprognose 2025-2029, transparente Prioritätensetzung bei den geplanten Ausgaben
- Maßnahmen zur Mitglieder-Werbung
- Zusammenarbeit in der Themensetzung mit dem FDP-Stadtrat über die Freien Fraktion
- Strategie für die Öffentlichkeitsarbeit: Kanäle und Formate, Quantität und Regelmäßigkeit

Begründung:

Der derzeit gewählte Kreisvorstand hat – wie kaum ein anderer Kreisvorstand seit 2019 – den notwendigen Freiraum, die Weiterentwicklung des Kreisverbandes voranzutreiben, da nun eine Periode frei von relevanten Wahlkämpfen bis 2029 ansteht.

Das Jahr 2029 wird aber schicksalsprägend, da mit Bundestagswahl, Landtagswahl und Kommunalwahl. Daher gilt es, die Weiterentwicklung bis dahin konsequent voranzutreiben.

Antragsnummer: A02

Antragstitel: Überarbeitung der Finanz- und Beitragsordnung

Antragsteller: Daniel Mark

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Der Kreisverband Leipzig macht sich stark für eine generelle Überarbeitung der Finanz- und Beitragsordnung der Bundespartei, insbesondere in Sachen des § 8 Beiträge.

Dies bedeutet:

- Der Richtwert von 0,5% der Bruttoeinkünfte wird gestrichen. Zur Ermittlung der Beitragshöhe wird allein eine Tabelle mit Einkommensklassen und absoluten Beitragshöhen festgelegt.
- Die bestehende Tabelle „EUR Einkommensstaffel“ wird bis zu Einkommen von EUR 10.000 monatlich erweitert, gleichermaßen linear auch die Beitragshöhe.
- Alle Beiträge werden um rund 5 Euro/Monat erhöht.
- Die Möglichkeit der Angabe einer Selbsteinschätzung zur Beitragshöhe wird ergänzt um ein Schätzungsrecht des jeweiligen Kreisschatzmeisters. Im Dissens muss das jeweilige Mitglied sein Einkommen zur Ermittlung der Beitragshöhe offenlegen.

Der Kreisvorstand wird beauftragt, diesen Beschluss über den Landesverband einzubringen, damit dieser wiederum darauf hinarbeitet, dieses beim Bundesparteitag einzubringen.

Begründung:

Die bisherige Beitragssystematik sorgt flächendeckend für Fehlanreize:

Die FDP nahm im Jahr 2023 circa 11.185 TEUR über Mitgliedsbeiträge ein, bei durchschnittlich 73,9 Tausend Mitgliedern. Das sind durchschnittlich 151 EUR Jahresbeitrag/ Mitglied. Damit läge nach Logik der bestehenden Beitragsordnung das durchschnittliche Bruttojahreseinkommen eines FDP-Mitgliedes bei 30.200 EUR. Das liegt 39% unter dem durchschnittlichen Bruttoeinkommen eines Vollzeitbeschäftigten in Deutschland. Die Differenz ist nicht nur die Studenten und Rentner unter den Mitgliedern erklärbar, sondern durch flächendeckende Abweichungen von der Beitragsordnung. Diese muss deswegen vereinfacht werden und die Rechte des jeweiligen Kreisschatzmeisters erweitert.

Eine generelle Anhebung aller Beiträge wird den Entwicklungen der Inflation der vergangenen Jahre und den neuen finanziellen Realitäten ohne Mandatsträger in vielen Kreisverbänden gerecht.

Eine neue Beitragstabelle könnte somit wie folgt aussehen:

Beitragsklasse	Bruttoeinkommen, Monat	Beitragshöhe
A	in Ausbildung, Schüler, Studenten	10 EUR
B	bis 2.400 EUR	15 EUR
C	bis 3.600 EUR	19 EUR
D	bis 4.800 EUR	26 EUR
E	bis 6.000 EUR	34 EUR
F	bis 7.200 EUR	41 EUR
G	bis 8.400 EUR	49 EUR
H	bis 9.600 EUR	56 EUR
I	über 9.601 EUR	64 EUR

Antragsnummer: A03

Antragstitel: Dauerhafte räumliche Niederlassung

Antragsteller: Daniel Mark

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Der Kreisvorstand wird beauftragt, eine dauerhafte räumliche Niederlassung in Leipzig – im Rahmen der Möglichkeiten des Haushaltes – zu arrangieren.

Neben einem klassischen Büro kann dies auch eine Niederlassung in einem Co-Working-Space oder eine sonstige, gewerbliche Kooperation mit einem Anbieter etwaiger Flächen sein.

Begründung:

Die zwischen 2022 und 2024 verfolgte Agenda „Professionalisierung der Kreisverbandsarbeit“ brachte seinerzeit die Geschäftsstelle am Täubchenweg hervor, welche sich in ihrer Funktion weitgehend bewährte und nun aufgrund der Situation nach der Bundestagswahl nicht mehr gesichert ist.

Neue, eigene Räumlichkeiten ermöglichen dem Kreisverband aber kontinuierliche Präsenz, effiziente Organisation und unabhängige Arbeitsmöglichkeiten. Sie bieten Raum für Sitzungen, Lagerung von Materialien und bürgernahe Kommunikation. So wird die politische Arbeit vor Ort weiter gestärkt und professioneller gestaltet.

Antragsnummer: A04

Antragstitel: Bau eines Kreisverkehrs an der Kreuzung der Liebigstraße, Johannisalle und Linnéstraße in der Nähe des Universitätsklinikums

Antragsteller: Pavel Pilát

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Der Stadtrat möge beschließen, an der stark frequentierten Kreuzung der Liebigstraße, Johannisalle und Linnéstraße in unmittelbarer Nähe des Universitätsklinikum Leipzig einen Kreisverkehr zu errichten.

Begründung:

Die genannte Kreuzung stellt aufgrund des hohen Verkehrsaufkommens, insbesondere durch PKWs, Krankenfahrzeuge, Fahrradfahrer und zahlreiche Fußgänger, ein erhebliches Sicherheitsrisiko dar. Die aktuelle Verkehrssituation ist unübersichtlich und führt regelmäßig zu gefährlichen Situationen sowie Verkehrsbehinderungen, insbesondere für Rettungsdienste.

An der betreffenden Stelle ist ausreichend Platz vorhanden, um einen Kreisverkehr ohne größeren Flächenbedarf zu errichten. Umfangreiche Baumaßnahmen wären nicht erforderlich, sodass die Umsetzung kosteneffizient und zügig erfolgen könnte.

Ein Kreisverkehr würde darüber hinaus:

den Verkehrsfluss nachhaltig verbessern, die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer erhöhen, und durch niedrigere Fahrgeschwindigkeiten die allgemeine Verkehrssicherheit fördern.

Zudem würde ein Kreisverkehr durch den gleichmäßigeren Verkehrsfluss die Umwelt entlasten und Emissionen reduzieren.

Antragsnummer: A05

Antragstitel: Corporate Design für Wahlkämpfe nur noch als unverbindliche Vorschläge verwenden

Antragsteller: Markus Greunke

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Für alle Bundestags- und Landtagswahlen ab 2026 wird der Kreisverband der Freien Demokraten Leipzig das ausgegebene Corporate Design des Bundes – bzw. Landesverbandes nicht mehr als verpflichtende Grundlage für Wahlkämpfe ansehen und verwenden, sondern nur noch als unverbindliche Vorschläge.

Begründung:

Nach den letzten beiden gescheiterten Landtags- und Bundestagswahlen hat sich gezeigt, dass unsere politischen Forderungen und Inhalte nicht mehr die Wählerschaft erreichen, wie in den Jahren 2019 und 2021.

Zum Vergleich, bei der Landtagswahl 2019 wählten in Leipzig 3,9 % der Wählerinnen und Wähler die Freien Demokraten, 2024 waren es nur 1,1 %. Bei der Bundestagswahl 2021 haben 7,6 % der Wählerinnen und Wähler Ihre Zweitstimme der FDP gegeben, 2025 waren es nur noch 3,2 %.

Zum einen sind die Ergebnisse auf die Arbeit der ehemaligen Ampel-Koalition zurückzuführen, zum anderen jedoch auch auf die unklaren Inhalte der Wahlkampagnen.

Gerade im Vergleich der Farbwahl zwischen der Landtagswahl (Bunte Plakate mit Magenta-Tönen) und der Bundestagswahl (Schwarz-Weiß-Bilder mit gelb-schwarzen Texten) zeigt, dass keine klare Linie bei dem Corporate Design eingehalten wird.

Gleichzeitig haben wir aber auch festgestellt, dass gerade die Direktkandidaten vor Ort maßgebliche Entscheidungsfaktoren sind, wie sich die Wählerinnen und Wähler letztendlich entscheiden.

Wenn sich der Kreisverband Leipzig nun bei jeder Wahl das Design von Wahlkampfmitteln von übergeordneten Verbänden aufzwingen lässt, verlieren die Direktkandidaten einen wichtigen Faktor ihrer individuellen Ausstrahlung.

Sollte der Bundes- oder Landesverband bei zukünftigen Wahlen ein Corporate Design vorstellen, in dem sich die Direktkandidaten wiederfinden, sollte es ihnen individuell möglich sein, frei zu entscheiden, ob sie es ganz oder nur in Teilen benutzen.

Antragsnummer: A06

Antragstitel: Blühende Landschaften im Leipziger Norden

Antragsteller: Ortsvorstand OV Nord

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Der Leipziger Norden steht vor vielfältigen Herausforderungen. Eine hohe Bebauungsdichte, ein Mangel an Grünflächen, an sozialen Einrichtungen sowie an Begegnungszentren prägen das Stadtbild. Hinzu kommt eine zunehmend alternde Bevölkerungsstruktur.

Obwohl im Leipziger Norden rund zwei Drittel der städtischen Gewerbesteuer erwirtschaftet werden, ist die Lebensqualität dort vergleichsweise gering.

Deshalb ist es von zentraler Bedeutung, die Lebensbedingungen nachhaltig zu verbessern, um den Stadtteil auch für junge Familien und Studierende attraktiver zu machen.

Daher fordern wir:

1. Verbesserung des Verkehrsfluss und der Parksituation

- a. Erweiterung des Angebots an Verkehrsmitteln an Knotenpunkten von S-Bahnen und Straßenbahnen um E-Roller, Fahrräder usw.
- b. Einführung von flächendeckendem Bewohnerparken
- c. Verkehrslärm senken
 - i. Sperrung von Nebenstraßen für Schwerlastdurchgangsverkehr

2. Ärzteversorgung ausbauen

- a. Ansiedlung neuer Arztpraxen
 - i. Städtische Immobilien für Praxen mit vergünstigten, langfristigen Mieten
 - ii. im Gegenzug gilt eine langfristige Niederlassungspflicht

3. Mehr Grün- und Erholungsflächen

- a. Schaffung von mehreren kleineren Parkanlagen
 - i. besonderer Fokus sollte auf dem Gebiet Möckern liegen
- b. Grünflächen-Patenschaften
 - i. Beteiligung von Bürgern und Unternehmen an Pflege und Gestaltung von Grünanlagen
- c. Urban Gardening erleichtern
 - i. Unbürokratische Genehmigungen für Urban-Gardening-Projekte
 - ii. temporäre Nutzung von Brachflächen

4. Soziale Infrastruktur

- a. Schaffung einer Initiative: "Innovative Jugendzentren"
 - i. wettbewerbliche Ausschreibung für neue Jugendzentrums-Konzepte
 - ii. Fokus sollte auf Problemvierteln, wie Möckern liegen
- b. Nutzung leerstehender Immobilien
 - i. temporäre Öffnung städtischer Räume für Jugend- und Sozialangebote

5. Finanzierung und Umsetzung

- a. Förderung Öffentlich-Private Partnerschaften

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Antragsnummer: A07

Antragstitel: Start-up-Strategie: Leipzig startet durch!

Antragsteller: Junge Liberale Leipzig

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Deutschland hat sich in den letzten Jahren zu einem wichtigen Standort für Start-ups entwickelt. Mit 3,05% aller weltweit gegründeten Start-ups liegt Deutschland auf dem fünften Platz im globalen Vergleich. Im europäischen Vergleich belegt Deutschland nach Großbritannien den zweiten Platz.

Trotz dieser positiven Entwicklung zeigt sich im internationalen Vergleich noch Potenzial nach oben. So wurden in Deutschland in den vergangenen fünf Jahren 170 Start-ups etabliert, während es in den USA 2871 waren.

Leipzig gilt, durch seine Kombination aus hoher Lebensqualität, günstigen Flächen und qualifizierten Fachkräften, als attraktiver Standort zur Gründung von Start-ups. Zudem bietet Leipzig ein dichtes Netzwerk aus Initiativen und Coworking-Spaces, wie SpinLab, Bio-City Leipzig oder das Hochschulgründernetzwerk Smile.

Um dieses Potential besser zu fördern, stellte Leipzig im Januar 2025 seine Clusterförderungstrategie vor. Darin wird - völlig richtig - betont, dass ein solider Haushalt nur über eine solide Wirtschaftsentwicklung zu finanzieren ist. Jedoch geht diese Strategie in vielen Teilen nicht weit genug, um langfristig ein attraktiver Standort zur Gründung von Start-ups zu sein.

Daher fordern wir:

1. **Sicherstellung der Liquidität des Leipziger Zukunftsfonds**
 - a. Die Stadt Leipzig soll die Liquidität des Leipziger Zukunftsfonds sicherstellen, wenn bestehende Mittel aufgebraucht sind.
2. **Die Schaffung eines "Leipzig Innovation Hub",** um die Vernetzung zwischen Startups, etablierten Unternehmen und Forschungseinrichtungen zu intensivieren.
 - a. es ist eine enge Zusammenarbeit zwischen der Universität Leipzig und dem Innovationscampus geplant, damit vorhandene regionale Potentiale vollumfänglich ausgeschöpft und gefördert werden
3. **Die Etablierung eines branchenübergreifenden Innovationslabor,** welches Fachleute aus verschiedenen Branchen zusammenbringt. Ziel soll es sein, durch interdisziplinäre Zusammenarbeit Innovation zu fördern – angelehnt an das Konzept des „Cross Innovation Lab NiederRhein“.
4. Enge Zusammenarbeit mit bestehenden **Start-Up Acceleratoren**, wie SpinLab, um Start-Ups bei der Gründung und Entwicklung zu unterstützen.
5. **Die Einrichtung eines "Leipziger Innovationsbeirats"** mit Vertretern aus Wirtschaft und Wissenschaft, um die Innovationskraft Leipzigs gezielt zu steuern und fördern. Dieses Gremium soll bei Bedarf einzelne Stadträte als Experten berufen können.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Antragsnummer: A08

Antragstitel: Für einen modernen Liberalismus

Antragsteller: Alexander Gunkel, Nico Fenske, Daniel Mark, Eddie Friedrich, Jörg Winkler

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Wir Freie Demokraten erheben den Anspruch, die zentrale politische Kraft des Liberalismus in Deutschland zu sein. Die aktuelle Krise unserer Partei erfordert einen entschlossenen Neuanfang, in dem wir uns grundlegend modernisieren werden.

Folgende Grundsätze sehen wir dabei als leitend an:

1. Wir müssen den Mut aufbringen, unsere Partei radikal neu zu denken. Ausgangspunkt der Neuausrichtung muss die Frage sein: Was für eine Partei braucht es heute, um Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu stärken und möglichst große Lebenschancen für möglichst viele Menschen zu fördern? Wir brauchen einen modernen Liberalismus, nicht ein Abbild früherer Zeiten.
2. Wir vertreten einen ganzheitlichen Liberalismus. Die Ausprägungen liberaler Politik sind sowohl hinsichtlich der Themensetzung als auch der Ausrichtung vielfältig. Wir Freie Demokraten machen ein politisches Komplettangebot und werden uns thematisch nicht verengen. Unterschiedlichen Ausdeutungen von Liberalismus und Liberalität geben wir Raum. Dabei finden verschiedene Ansichten dadurch zusammen, dass sie immer auf die Förderung individueller Freiheit als ihren gemeinsamen Fluchtpunkt bezogen werden. Dieser bildet die Einheit des Liberalismus.
3. Mit dem Liberalismus ist die liberale Geisteshaltung untrennbar verbunden. Wir stellen den Anspruch an uns selbst, andere Lebenseinstellungen als gleichberechtigt zu respektieren und anderen politischen Ansichten stets respektvoll zu begegnen. Wer bereits innerhalb der eigenen Reihen keinerlei Meinungsvielfalt erträgt, kann nicht glaubhaft für das liberale Kernanliegen des Pluralismus eintreten.
4. Als liberale Partei muss unser Anspruch sein, zu gestalten und Verantwortung zu übernehmen. Auch in schwierigen Zeiten müssen wir bereit und in der Lage sein, Verantwortung zu übernehmen und Kompromisse zu erringen. Eine liberale Partei fördert eine Streitkultur und eine Arbeitsatmosphäre, in welcher der erarbeitete Kompromiss unter Demokraten in der Ergebnisbewertung etwas Gutes ist.
5. Eine liberale Partei darf sich nicht durch Zugehörigkeit zu oder Abgrenzung von einem politischen Lager bestimmen, sondern allein programmatisch aus dem Bemühen, die größtmögliche Freiheit aller Bürgerinnen und Bürger zu erreichen und mehr Menschen mehr Lebenschancen zu eröffnen.
6. Eine liberale Partei erteilt keine grundsätzlichen Absagen zur Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Parteien. Demokratische Mitbewerber sind immer auch potentielle Partner. Mit Kräften, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung und die Liberalität unseres Landes bekämpfen oder Ressentiments gegen Minderheiten schüren, ist hingegen jede Zusammenarbeit ausgeschlossen.
7. Eine liberale Partei folgt nicht einer Mehrheitsmeinung oder dem, was in den traditionellen oder sozialen Medien gerade populär erscheint. Sie folgt den eigenen liberalen Überzeugungen und kämpft dafür, diese mehrheitsfähig zu machen. Der Aufbau und die Pflege einer kohärenten Stammwählerschaft aus echten liberalen Überzeugungstätern bringt uns diesem Ziel langfristig näher als die naive Hoffnung auf Leih- Wechsel- oder Mitleidsstimmen.

- Wir müssen den Anspruch erheben, den öffentlichen Diskurs aktiv mitzugestalten. Zusammen mit unseren Vorfeldorganisationen werden wir Trends und Stimmungen nicht einfach hinnehmen, sondern im Sinne von Liberalität und freiheitlicher Politik beeinflussen.

Begründung:

Dringend wie selten zuvor braucht unser Land eine starke liberale Kraft, die für Freiheit, Pluralismus, Fortschritt und Marktwirtschaft eintritt und ihnen Popularität verleiht.

Die Bedrohung der Freiheit und der liberalen Demokratie von Innen (AfD, BSW, Teile der Linken) sowie von Außen (CRINK: China, Russland, Iran, Nordkorea), das Auseinanderdriften der demokratischen Kräfte in unversöhnliche Lager, die Akzeptanzkrise der liberalen Demokratie sowie die Stagnation der wirtschaftlichen Entwicklung fordern eine Besinnung auf Freiheit. Doch unserer Partei gelingt es nicht, die liberalen Kräfte unseres Landes zu bündeln und die Position der Freiheit wirksam zu vertreten.

Statt als starke und geschlossene Anwältin der Freiheit tritt unsere Freie Demokratische Partei innerlich zerstritten, intellektuell ermattet und unfähig zur Übernahme von Verantwortung auf. Die Vielfältigkeit und intellektuelle Reichhaltigkeit der Geistesgeschichte an der Freiheit orientierten Denkens könnte Ausgangspunkt und Inspiration für einen modernen Liberalismus sein. Stattdessen sehen wir Grabenkämpfe und Abwehrhaltung um einen vermeintlich "klassischen" Liberalismus.

Unter allen politischen Ideologien kann der Liberalismus als die weltweit erfolgreichste gelten. Er errang diese Erfolge durch seine Lebendigkeit und Lernfähigkeit: weil es Menschen gelang, zentrale Fragen ihrer jeweiligen Zeit immerwieder neu aus der Perspektive der Freiheit zu beantworten. Ein Liberalismus, der diese Stärke vergisst und erstarrt, verliert seine Anziehungskraft, Legitimität und Relevanz.

Die gescheiterten Regierungsbeteiligungen 2009-13 und 2021-24 sowie das Scheitern der Verhandlungen 2017 geben Anlass zur Selbstkritik. Seit vielen Jahren gelingt es nur noch in wenigen Ausnahmefällen, Politik in einer Regierung erfolgreich mitzugestalten. Das ehrlich und selbstkritisch aufzuarbeiten, wird zu unseren wichtigsten Aufgaben gehören.

Die Niederlage bei der Bundestagswahl 2025 kam nicht überraschend. Seit Jahren deutet sich die Entwicklung an, vergangene Landtagswahlen mit historisch schlechten Ergebnissen lieferten längst einen Vorgeschmack. Statt Selbstkritik herrschte jedoch die Externalisierung von Verantwortlichkeit vor. Dabei lag die Ursache erkennbar nicht allein in einer schwierigen Regierungskonstellation, sondern hauptsächlich in der eigenen Regierungsarbeit und Kommunikation. Gerade eine liberale Partei, die Wert auf Eigenverantwortung legt, muss dem Rechnung tragen.

Es ist heute fraglich, ob die FDP eine Zukunft als relevante Kraft in einer sich dynamisch entwickelnden Parteienlandschaft hat. Allerdings zeigen liberale Parteien in anderen Ländern, dass sich mit liberaler Politik durchaus nachhaltige Erfolge erzielen lassen. Dafür braucht es jedoch mehr als ein paar Änderungen in Arbeitsweise und Strukturen. Es braucht ein neues Selbstverständnis über die Rolle und den Auftrag einer liberalen Partei in einer grundlegend veränderten Parteienlandschaft.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Antragsnummer: A09

Antragstitel: Leipzigerinnen und Leipziger von der Straße holen

Antragsteller: Eddie Friedrich, Arvid Stelzner

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Die Obdachlosigkeit stellt in Deutschland und Leipzig ein zunehmendes soziales Problem dar. Fast 1.000 Menschen sind in Leipzig mittlerweile obdachlos, was eine Verdopplung im Vergleich zu 2022 darstellt. Die Situation auf der Straße ist prekär. Es gibt zu wenige Schlafplätze und Tagesangebote sowie ungenügende Anlaufstellen für Betroffene. Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit beginnen nicht, sondern enden auf der Straße.

Gleichzeitig führen die immer höheren Sozialerlöse nicht zu mehr sozialer Politik. Damit ist für uns Freie Demokraten klar, dass Leipzig dringend eine Wende in der städtischen Sozialpolitik braucht. Es braucht eine stärkere Forcierung von konkreten Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von betroffenen Menschen in Leipzig.

Konkret fordern wir:

1. Mehr Schlafplätze für wohnungs- und obdachlose Menschen zu schaffen

Leipzig fehlen zahlreiche Schlafplätze für wohnungs- und obdachlose Menschen. Es bestehen nur fünf Einrichtungen, die geografisch weit von den Tageseinrichtungen für betroffene Menschen entfernt sind.

Daher fordern wir die Schaffung zweier neuer Einrichtungen mit jeweils 30 Schlafmöglichkeiten. Diese Einrichtungen sollen möglichst nahe an den Tageseinrichtungen entstehen. Zudem sollen die Öffnungszeiten der Schlafmöglichkeiten so gestaltet werden, dass sie sich mit den Öffnungszeiten der Tageseinrichtungen überlappen. Auch sollen die Schlafmöglichkeiten benutzerfreundlicher gestaltet werden.

Darüber hinaus unterstützen wir den Housing-First-Ansatz, welcher dauerhaft fortgesetzt werden soll.

2. Bestehende Tageseinrichtungen zu entlasten

Projekte, wie die Bahnhofmission oder die Oase Leipzig, sind aktuell vollkommen überlastet. Die Stadt schafft trotzdem keine weiteren Anlaufstellen für obdach- und wohnungslose Menschen.

Daher fordern wir die Schaffung einer weiteren Tageseinrichtung, welche von 8 Uhr bis 18 Uhr geöffnet sein soll. Bei diesen Tageseinrichtungen soll die Stadt eine gute Betreuung durch ausreichend Personal sicherstellen.

Außerdem fordern wir die Verteilung von Decken und Schlafsäcken während des Winters.

Zudem fordern wir die Einführung eines Dusch-Busses in Leipzig, der gleichzeitig auch als Anlaufstelle für medizinische Fragen fungieren soll und dementsprechend mit Ersthelfern ausgestattet sein muss.

3. Defensive Architektur ein Ende setzen

Sitze aus Metallflächen und -gittern oder Armlehnen auf der Mitte von Bänken: Alles das ist „Defensive Architektur“. Das ist ein Baustil, der auch in Leipzig darauf abzielt, dass sich Menschen so kurz wie möglich an öffentlichen Orten aufhalten. Wir Freie Demokraten sehen darin eine Vertreibung von Obdachlosen, aber auch von Jugendlichen und in der Mobilität eingeschränkten Menschen.

Daher fordern wir, dass bei der Entwicklung des öffentlichen Raumes bestmöglich defensive Architektur vermieden werden soll.

4. Eigentum auch auf der Straße stärker zu schützen

Diebstahl und Überfälle sind für obdachlose Menschen ein großes Problem.

Daher fordern wir, dass die Stadt Leipzig im Rahmen eines Pilotprojekts obdachlose Menschen mit Mini-Alarmanlagen ausstattet. Das sind nur wenige Zentimeter große tragbare Geräte, welche aus einem Röhrchen sowie einem dünnen Kabel bestehen. Diese Mini-Alarmanlage wird am Rucksack oder an der Tasche befestigt. Sobald jemand versucht, das Kabel zu ziehen oder zu durchtrennen, löst das Gerät einen lauten Alarm aus. Gleichzeitig soll die Stadt obdachlose Menschen über die Möglichkeit, sich selbst und ihr persönliches Eigentum mit Mini-Alarmanlagen zu schützen, informieren.

5. Obdachlosen-Lotsen zu etablieren

Niemand kennt die Bedürfnisse von Menschen auf der Straße so gut, wie Menschen, die selbst dort gelebt haben, oder noch immer leben.

Daher fordern wir ehemalige und aktuelle Obdachlose als sog. Lotsen anzustellen, die Obdachlose bei Terminen, Behördengängen, Arztbesuchen, der Suche nach Unterkünften und anderen Problemen unkompliziert helfen. Für die Lotsen selbst kann diese Aufgabe ein erster Schritt zurück ins Berufsleben sein.

6. Konsumräume für drogenabhängige Menschen zu erhöhen

Ein Großteil der auf der Straße lebenden Menschen ist drogenabhängig. Länder wie Portugal oder Projekte in Köln zeigen, dass ein hygienisch sauberer und medizinisch überwachter Konsum Menschenleben retten kann und langfristig die Zahl drogenabhängiger Personen zurückgeht.

Daher fordern wir zusätzlich die Schaffung zweier Konsumräume in Leipzig. Hierbei soll ein Konsumraum in Connewitz und ein anderer im Zentrum entstehen. In diesen Konsumräumen soll die Einnahme von illegalen Drogen unter hygienischen Bedingungen und unter Aufsicht eines Rettungssanitäters möglich sein.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Antragsnummer: A10

Antragstitel: Wehret den Anfängen: Kinder- und Jugendkriminalität in Leipzig entschlossen begegnen

Antragsteller: Eddie Friedrich

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Die Polizeistatistik 2024 weist auf einen ernstzunehmenden Trend in Leipzig hin. Alleine die Vergewaltigungen haben sich verdoppelt und Raub- und Körperverletzungsdelikte nehmen weiterhin zu. Immer mehr Kinder werden als Tatverdächtige registriert. Die Gesamtzahl der Tatverdächtigen bleibt bis zu den Heranwachsenden auf hohem Niveau.

Gewalt von Minderjährigen und Heranwachsenden muss frühzeitig bekämpft werden, damit aus Jugendstraftaten keine kriminellen Karrieren werden. Dabei ist die ganze Stadtgesellschaft gefordert, schnell und entschlossen zu reagieren, damit das Problem nicht noch größer wird.

Keine rechtsfreien Räume in Leipzig zulassen

Wir Freie Demokraten fordern mehr Präsenz der Polizei und des kommunalen Ordnungsdienstes an den Kriminalitätsschwerpunkten der Stadt. Kameras helfen vorrangig bei der Aufklärung von Verbrechen. Kriminalität verlagern sie allerdings höchstens.

Daher können sie nur eine Ergänzung zur Präsenz von Einsatzkräften sein. Die kommunalen Einsatzkräfte sollen vor allem in der Deeskalation geschult werden und dazu befähigt werden, typische Delikte jugendlicher Straftäter wie Gewalt oder Raub zu erkennen und ihnen vorzubeugen.

Schulsozialarbeit beibehalten und verstetigen

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass die Stellen für Schulsozialarbeit in Leipzig an allen Schulen beibehalten werden. Schulsozialarbeiter wirken präventiv und können sensibel auf die Kinder und Jugendlichen einwirken, bevor echte Probleme entstehen. Künftig muss jede Schule ausreichend Schulsozialarbeiter im Team haben, um frühzeitig auf kritische Entwicklungen reagieren zu können.

Jugendlichen eine Perspektive geben

Ein gefestigtes und sozial sicheres Umfeld ist der beste Schutz vor einer kriminellen Karriere. Daher fordern wir mehr Anstrengungen, Jugendliche in Ausbildung und Jobs zu bringen. Dabei sollen sowohl deutschstämmige als auch migrantische Jugendliche in den Fokus genommen werden. Wir Freie Demokraten fordern dafür ein modernes Konzept der Wirtschaftsförderung Leipzig.

Präventionsarbeit verstärken

Wir unterstützen die Polizei in ihrem Bemühen, Straftaten präventiv zu verhindern, indem sie Schüler, Eltern und Lehrkräfte aufklären und informieren. Auch die Einrichtung der Soko Iuventus war ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung der Jugendkriminalität. Wir fordern das sächsische Innenministerium auf, Präventionsangebote in Brennpunktgebieten zu verstärken. Das Thema Jugendkriminalität muss darüber hinaus auch zum Schwerpunkt der Präventionsarbeit auf kommunaler Ebene in Leipzig gemacht werden. Hier ist der Kommunale Präventionsrat gefordert, der zügig ein auf die Stadt zugeschnittenes aktuelles Konzept in Verbindung mit dem Haus des Jugendrechts erarbeiten soll.

Begründung:

Erfolgt mündlich.